Ä9 zu L1: Unser Krisenmodus: SOLIDARITÄT

Antragsteller*innen Janny Armbruster (KV Potsdam)

Antragstext

Von Zeile 33 bis 34:

~~Menschen mit Behinderung sind überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen, da z.B. in Werkstätten für Menschen mit Behinderung nicht mal der Mindestlohn bezahlt wird. Sie leiden unter den aktuellen Preissteigerungen besonders. Gleichzeitig nehmen wir wahr, dass Barrierefreiheit ein Punkt ist, an dem u.a. Kommunen oft als erstes sparen, wenn das Geld knapp wird. Für uns ist klar: An Barrierefreiheit darf auch in der Krise nicht gespart werden. Bei kommunalen Neubauten muss Barrierefreiheit gesetzlich vorgeschrieben werden. Auch beim Ausbau von Bussen und Bahnen ist es essenziell, dass diese Angebote barrierefrei sind.~~Die dramatischen und unvorhersehbaren Kostenentwicklungen und die steigenden Energiepreise treffen Menschen mit Behinderungen in besonderer Weise, egal ob sie Assistenzleistungen benötigen, in Wohnformen der Eingliederungshilfe leben oder ob sie in Werkstätten oder in Tagesförderstätten arbeiten. Menschen mit Behinderung müssen darauf vertrauen können, dass ihnen bedarfsgerechte Angebote und passgenaue Unterstützung auch während der Energiekrise zur Verfügung stehen. Wir setzen uns daher bei Bund und Land für eine schnelle und unbürokratische finanzielle Hilfe ein.
Gleichzeitig nehmen wir wahr, dass Land und Kommune mehr Anstrengungen für Inklusion, gleichberechtigte Teilhabe und Barrierefreiheit etwa im Bildungsbereich, auf dem Arbeitsmarkt oder bei der Mobilität auf den Weg bringen sollten. Für uns ist klar: Hier darf auch in der Krise nicht gespart werden.
Wir wollen, dass Menschen mit *Behinderung* ein selbstbestimmtes Leben führen können. Dazu zählt, dass Kommunaler Wohnungsbau barrierefrei sein sollte. Deshalb unterstützen wir die Idee, dass künftig jegliche sozialen Wohnbauförderprojekte die Verpflichtung zur Barrierefreiheit beinhalten müssen. Aktuell müssen barrierefrei umgebaute Mietwohnungen bei Auszug wieder in den Ursprungszustand zurückversetzt werden und Maßnahmen zur Barrierefreiheit zurück gebaut werden. Das ist nicht zielführend. Auf Bundesebene setzen wir uns daher für eine Änderung dieser Regelung ein. In Brandenburg werden wir darauf hinwirken, dass bei kommunalem Wohnungsbau und Wohnungsbaugesellschaften auf die Anwendung dieser Regelung verzichtet wird.

Gleichzeitig haben Menschen mit Behinderung oft keine Übersicht über barrierefreie Wohnungsangebote. Das wollen wir ändern und fordern ein Kataster für barrierefreie Wohnungsangebote.

Begründung
Konkretisierung